

Stefan Beck

Vom Fordistischen zum Kompetitiven Merkantilismus

Die Exportorientierung der Bundesrepublik
Deutschland zwischen Wirtschaftswunder und
Europäischer Krise

Metropolis-Verlag
Marburg 2014

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2014

Dissertation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität

Kassel. Tag der mündlichen Prüfung 1. Juli 2011. Gutachter: Prof. Dr.

Christoph Scherrer und Prof. Dr. Hansjörg Herr

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1074-8

Kapitel 1

Einleitung

„The eurozone has become an area of entrenched current account surpluses for Germany, financed by current account deficits for peripheral countries. Monetary union is a ‘beggar-thy-neighbor’ policy for Germany, on condition that it beggars its own workers first. ...The sovereign debt crisis has its roots as much in the performance of Germany, as it does in the actions of peripheral countries.” (Lapavistas et al. 2010: 1 und 15).

Mit der jüngsten Krise Griechenlands sowie weiterer EU-Staaten (despektierlich mitunter als PI(I)GS bezeichnet) und – damit zusammenhängend – der Europäischen Währungsunion sind erneut die enormen Handelsbilanzungleichgewichte innerhalb Europas und deren Ursachen ins Blickfeld geraten. In den medialen Krisendiskussionen dominiert zwar weiterhin ein überwiegend undifferenzierter Blick auf die öffentliche Verschuldung, vermeintlichen verteilungs- und klientelorientierten ‚Schlendrian‘ oder einen – wie es zur Zeit der Asienkrise gerne genannt wurde – „crony capitalism“. Zunehmend wurden darüber hinaus aber ebenso die Konstruktionsmängel des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Mitverantwortung Deutschlands als Überschussland kritisiert (vgl. z.B. Müller/Schmidt 2010; Schieder 2010; Münchau 2010; Horn/Sturm/van Treeck 2010).

Nicht weniger interessant waren indessen sowohl der Krisenverlauf in Deutschland als auch die außenpolitischen Reaktionen der Bundesregierung (z.B. dies. 2010). Zum einen verlief in Deutschland die Krise zumindest in beschäftigungspolitischer Hinsicht vergleichsweise glimpflich, zum anderen gab sich die Bundesregierung verantwortungsmäßig unbeteiligt und bot gönnerhaft finanzpolitische Hilfe an, forderte aber im Gegenzug strenge Sparprogramme der betroffenen Länder und weitergehende stabilitätssichernde Regelungen auf EU-Ebene. Beide Aspekte sind betrachtenswert.

Trotz der erheblichen Betroffenheit deutscher Banken und des Exportsektors bewältigte der institutionelle oder regulative Rahmen der deutschen Wirtschaft, typisierend häufig als *Modell Deutschland* bezeichnet, die Krise – für manche Beobachter überraschend – gut. Mithilfe bewährter beschäftigungs- und arbeitszeitpolitischer Instrumente, insbesondere der Kurzarbeit, und überschaubaren, teils automatischen, konjunkturellen Stabilisierungsmaßnahmen blieb der Beschäftigungseinbruch undramatisch, und mit einem erneuten Anstieg der Exporte stabilisierte sich die Konjunktur wieder (Beck/Scherrer 2010; Bosch 2011; Hassel 2011).

Daraus lassen sich wiederum mehrere Schlüsse hinsichtlich des deutschen Modells und der ihm eigentümlichen *Exportorientierung* ziehen: Zunächst einmal scheinen die grundlegenden institutionellen Regulationsformen nach wie vor intakt zu sein. Zum Zweiten wird diese Form des (*Neo-*) *Merkantilismus* von deutschen Regierungsvertretern außenpolitisch noch immer in einer gegenüber den ökonomischen Belangen anderer Länder ignoranten Art und Weise und im Krisenfall mit einem Opfer-Habitus vertreten, und schließlich scheint es der Bundesregierung weiterhin zu gelingen, die Ausrichtung der europäischen Integration in Bahnen und institutionelle Formen zu lenken, die den deutschen Merkantilismus *nicht* in Frage stellen bzw. noch nicht einmal auf der Agenda erscheinen lassen (vgl. z.B. Onaran 2010; Cesaratto/Stirati 2011; Feigel/Zuckerstätter 2012).¹

Angesichts der internationalen Konsequenzen einer mehr oder weniger aggressiv und in dieser Hinsicht unkooperativ verfolgten merkan-

¹ Ökonomisch elaborierter, sinngemäß aber ähnlich bringt dies beispielsweise ebenso das Frühjahrsgutachten 2010 der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ (dies. 2010) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zum Ausdruck. Danach seien die Leistungsbilanzdefizite der betroffenen Länder u.a. aufgrund verringerter Wettbewerbsfähigkeit infolge wachsender Lohnstückkosten- und Preisdifferenziale angewachsen. Ein entsprechender Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt- bzw. Lohn- und außenwirtschaftlicher Entwicklung wird in Bezug auf die Ungleichgewichte für die Überschussländer dann aber kurzerhand wegdefiniert: „Löhne haben aber die Aufgabe, Angebot und Nachfrage auf den heimischen Arbeitsmärkten in Übereinstimmung zu bringen, und nicht die Aufgabe, zur Lösung der Wettbewerbsprobleme von Partnerländern beizutragen“ (S. 84). Schleierhaft bleibt darüber hinaus, wie die Projektgruppe in einem europäischen Binnenmarkt mit gemeinsamer Währung, Geldpolitik und Arbeitnehmerfreizügigkeit „heimisch“ definiert.

tilistischen Strategie für andere Länder und der – vom Wiedervereinigungsboom abgesehen – mittlerweile über drei Jahrzehnte zu beobachtenden binnenökonomischen Wachstumsschwäche der (west-) deutschen Wirtschaft ist all dies keineswegs selbstverständlich. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass im Ausland der deutsche Merkantilismus durchaus schon seit langem immer wieder kritisiert wird. Umso erstaunlicher ist es, dass die negativen Folgen der ausgeprägten Exportorientierung im öffentlichen Diskurs innerhalb Deutschlands praktisch nicht thematisiert und stattdessen regelmäßig die neuesten Exporterfolge² gefeiert werden. Sowohl in der öffentlichen Meinung ebenso wie unter den wirtschaftspolitischen Eliten der Bundesrepublik genießen die Exporte noch immer eine ausgesprochen hohe Wertschätzung und werden nicht ohne einen gewissen Stolz als Leistungs- und Erfolgsausweis zitiert. Wenn dann zugleich noch ausgerechnet den – u.a. infolgedessen – verschuldeten Defizitländern eben diese ‚Erfolge‘ als vorbildhaft präsentiert werden, mutet das mitunter schon ein wenig dreist oder aber naiv an (vgl. Lehn-dorff 2011).

Tatsächlich mangelt es insbesondere in politökonomisch ausgerichteten Kreisen innerhalb der Politik- und Wirtschaftswissenschaften nicht an kritischen Stimmen, die auf die negativen Konsequenzen oder Nebenwirkungen der regelmäßigen Handelsüberschüsse hinweisen. So wird in jüngeren Untersuchungen von Jobges u.a. beispielsweise international vergleichend und mit Hilfe von Simulationsrechnungen gezeigt, dass höhere Löhne und eine expansivere Fiskalpolitik sich günstig auf den Konsum auswirken und – trotz niedrigerer Exportüberschüsse – ein höheres Wachstum ermöglicht hätten bzw. ermöglichen würden (Jobges/Schmalzbauer/Zwiener 2009; Jobges/Logeay/Stephan/Zwiener 2010).

² Um bereits an dieser Stelle eventuellen Missverständnissen vorzubeugen, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kritik nicht auf einzelwirtschaftliche Exporte abzielt (zumindest, solange diese nicht das Resultat eines ausbeuterischen Unterbietungswettbewerbs – z.B. Sozialstandards, Löhne – sind). Zur Debatte steht vielmehr eine volkswirtschaftliche Strategie oder Ausrichtung, die dauerhaft Handels- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse anstrebt, verteidigt oder mindestens gerne und untätig ‚in Kauf‘ nimmt. Zu differenzieren ist darüber hinaus, ob es sich um ein im Vergleich zu den Handelspartnern kleines Land handelt (relativ harmloser Fall) oder, ob das betreffende Land (vorübergehend) auf Überschüsse angewiesen ist, beispielsweise um Auslandsschulden bedienen oder strukturelle Entwicklungsrückstände aufholen zu können.

Diese Arbeiten stellen einen wichtigen Ansatzpunkt dar, die merkantilistische Strategie binnenökonomisch und verteilungstheoretisch zu hinterfragen. Inwiefern jedoch ein kausaler Zusammenhang zwischen den Exportüberschüssen und der Wachstumsschwäche besteht und es sich nicht lediglich um eine Koinzidenz handelt, lässt sich dadurch nicht hinreichend klären, da diese Arbeiten noch implizit von einem Dualismus von Exportüberschüssen einerseits und binnenwirtschaftlicher Konsumentwicklung andererseits ausgehen und die Wachstumsbeiträge gegenseitig ‚aufrechnen‘ (vgl. Joebges/Lindner/Niechoj 2010: 11). Für quantitative Vergleichsrechnungen ist dieses Vorgehen plausibel, aus politökonomischer Perspektive ist es darüber hinaus allerdings notwendig, diesen Dualismus zugunsten einer integralen Betrachtung von Exportüberschüssen, Verteilungseffekten und Wachstum zu überwinden, d.h. nach gemeinsamen ökonomischen, politischen und institutionellen Begründungszusammenhängen zu suchen.

Unter der Annahme, dass die merkantilismuskritische Argumentation, trotz der gerade in den letzten gut zehn Jahren wachsenden Menge theoretisch weiterführender Beiträge, noch immer Schwächen aufweist, soll dementsprechend hier versucht werden, die bestehenden Begründungslücken weiter zu schließen. So ist es meines Erachtens beispielsweise bislang noch nicht hinreichend gelungen, die Bedeutung der Exportorientierung für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die makroökonomische Wachstumsschwäche Deutschlands im OECD-Vergleich seit den 1980er Jahren zu klären. Oft werden zwar die Exportüberschüsse als problematisch erwähnt, dabei erscheinen diese jedoch meist entweder als Begleiterscheinung oder aber der angenommene Wirkungszusammenhang zwischen Überschüssen und makroökonomischer Schwäche bleibt theoretisch unklar.³ Vor allem besteht noch keine Klarheit über den ursächlichen Charakter, der den Exportüberschüssen bzw. der Exportorientierung für die makroökonomische Entwicklung zukommt oder zukommen kann. Hier leiden m.E. gerade die kritischen ökonomischen Ansätze an der traditionell – und nicht ganz zu Unrecht – ambivalenten

³ Von der Ebene internationaler Währungsregime ausgehend, finden sich Erklärungsansätze, auf die hier ebenfalls rekurriert wird, insbesondere bei Hansjörg Herr und Klaus Voy (1989) oder Herr (1994). Diese bereits instruktiven Ansätze wurden in der Folgezeit allerdings nur vereinzelt aufgegriffen und sind vor allem in historisch-institutioneller Hinsicht noch ausbaufähig.

Haltung gegenüber merkantilistischen Politiken. Einerseits werden diese (gerade in Abgrenzung zu marktliberalen bzw. neoklassischen Ansätzen) als begrenzte Schutz- und Entwicklungsprogramme durchaus als begründet angesehen, andererseits werden zugleich die negativen *internationalen* Effekte („beggar-thy-neighbour“-Politik) und Rückwirkungen (Handelsungleichgewichte, Überschuldung, systemische Wachstumsbegrenzung) kritisiert. Die Argumentation beispielsweise, dass dadurch Arbeitslosigkeit exportiert wird oder zahlungsbilanzbedingte Entwicklungsrestriktionen zulasten anderer (Defizit-) Länder überwunden werden, impliziert oder unterstellt aber zumeist, dass das betreffende Land davon profitiert. In der Regel ist das (theoretisch) zutreffend und soll hier nicht bestritten werden. Nur, was meist unexpliziert bleibt, ist, dass es sich hierbei um *partielle* Effekte handelt, die unter Umständen durch andere Effekte wieder aufgewogen oder zunichte gemacht werden. Letzteres scheint mir am ehesten den Diskussionsstand zum deutschen Merkantilismus wiederzuspiegeln. Kurz: die Exportüberschüsse sind an sich zwar wachstums- und beschäftigungsförderlich, gehen aber einher mit makroökonomisch restriktiven bzw. depressiven Bedingungen oder werden umgekehrt durch diese begünstigt.⁴ Was unklar bleibt, ist aber die Frage und theoretische Begründung, ob ein *unmittelbar ursächlicher* Zusammenhang existiert, d.h. inwiefern die makroökonomische Schwäche eine unmittelbare Folge der Exportorientierung ist.

Diesbezüglich greifen ökonomietheoretische Ansätze zu kurz, da sie bestenfalls eine Plausibilität oder Korrelation, aber keine Kausalität nachweisen können. Ein solcher Zusammenhang, so die Annahme hier, lässt sich nur zeigen, wenn die (quantifizierbaren) *Exportüberschüsse* mindestens teilweise als Resultat einer (nicht quantifizierbaren) Intentionalität und/oder einer institutionellen Disposition, hier als *Exportorientierung*⁵ bezeichnet, begriffen werden, die eben nicht mit einfachen

⁴ Auf das – freilich mit völlig anderen Intentionen – von neoklassischer Seite vorgebrachte Argument einer „Basar-Ökonomie“ (Sinn 2005) wird noch einzugehen sein.

⁵ Dieser unterstellte Zusammenhang erklärt zugleich, weshalb im Folgenden die Begriffe Exportüberschüsse, Exportorientierung und Exportüberschussorientierung aus stilistischen Gründen mitunter synonym verwendet werden. Analytisch sollte jedoch klar sein, dass es sich einmal um eine (allerdings nicht hinreichende) akteurs-, politik- oder institutionenbezogene Voraussetzung und das andere mal um das makroökonomische Resultat handelt.

Korrelationsrechnungen zuverlässig erfassbar sind. Es bedarf deshalb weiterer Theorieansätze. Genau an dieser Problematik will die vorliegende Arbeit ansetzen. Sie erhebt dabei nicht den Anspruch, die Erklärungslücke vollständig schließen zu können, dazu bedürfte es m.E. weiterer, beispielsweise diskurstheoretisch angeleiteter Arbeiten. Allerdings soll die Diskussion dahin gehend voran gebracht werden, dass die für eine politökonomische Auseinandersetzung zentrale Schnittstelle zwischen ökonomischer und (historisch-) institutioneller Analyse bearbeitet wird. Diese Schnittstelle wird zwar, beispielsweise in einer postkeynesianischen Tradition, häufig (erkenntnis-) theoretisch betont – anschließend dann aber genauso oft wieder empirisch vernachlässigt.⁶

Um die Diskussion in dieser Hinsicht weiter zu bringen, erscheint mir gerade eine Auseinandersetzung mit den ökonomischen Grundlagen *und* den historisch-institutionellen Formen des deutschen Merkantilismus fruchtbar und aus den einleitend angedeuteten Gründen geboten. So ist von kritischer Seite beispielsweise bisher noch nicht hinreichend untersucht worden, welche Rolle die Exportorientierung beim Übergang von der Prosperität v.a. der sechziger Jahre hin zur wesentlich weniger dynamischen Entwicklung seit den achtziger Jahren gespielt hat. Dass das *realisierte* (geringere) Wachstum in dieser Phase in wesentlichem Maße von den Exporten getragen wurde, mag stimmen. Das Argument erklärt aber nicht, warum das Wachstumsniveau insgesamt und ebenso im Vergleich mit anderen entwickelten OECD-Ökonomien niedrig war, während die Überschüsse deutlich anwuchsen – obwohl man doch theoretisch erwarten könnte, dass die Leistungsbilanzüberschüsse quasi einen *Wachstumsbonus* darstellen.

Hier hat beispielsweise die neoklassische oder die neo-institutionalistisch argumentierende Konkurrenz verschiedene Erklärungsansätze vorgelegt (z.B. OECD 2002; Giersch 1985; SVR 2002), die den öffentlichen und politischen Diskurs ebenso wie die politischen Entscheidungen (z.B. „Hartz“-Gesetze, Agenda 2010) letztlich erheblich stärker

⁶ Welche Rolle hierbei der wissenschaftssoziologisch begründbare ‚Wettstreit‘ mit dem neoklassischen Mainstream spielt sei dahin gestellt. Allerdings sind bisweilen modelltheoretische Formalisierungs- oder Spezialisierungstendenzen zu beobachten, die die Anschlussmöglichkeiten vermutlich beeinträchtigen.

geprägt haben⁷ und m.E. mitverantwortlich dafür sind, dass die makroökonomische Argumentation insbesondere postkeynesianischer Provenienz oft ein Schattendasein fristet und lediglich in entsprechenden Nischen verfolgt wird.⁸ Diese Mainstream-Erklärungen, die beispielsweise institutionelle Schwächen des Modell Deutschland oder (unmittelbar konträr zur Kritik am Merkantilismus) Wettbewerbsschwächen der deutschen Wirtschaft für die Wachstumsschwäche verantwortlich machen (vgl. dazu Beck 2005 u. 2007), bilden somit einen weiteren Hintergrund, vor dem diese Arbeit zu sehen ist, und sollen deshalb im nächsten Kapitel zusammen mit einer kurzen Einführung zum Begriff des Merkantilismus skizziert werden.

1.1 Zum Plan dieser Arbeit

In Folgenden soll der Versuch unternommen werden, eine Erklärung der (west)deutschen Nachkriegsentwicklung im Zusammenhang mit den nahezu dauerhaft realisierten Exportüberschüssen zu entwerfen. Angeleitet wird die Arbeit von der These, dass *der Merkantilismus bzw. die den Überschüssen zugrunde liegende Exportorientierung der Bundesrepublik eine prägende Rolle gespielt hat und unmittelbar für die Wachstumsschwäche seit den achtziger Jahren mitverantwortlich gemacht werden kann*. Neben der durchgängig besonderen Bedeutung der Exportorientierung soll damit zugleich ein Erklärungsangebot für den Entwicklungsbruch bzw. die Differenz zwischen der ersten Phase bis in die siebziger Jahre und der nachfolgenden Phase vorgelegt werden.

Nachdem zunächst die in der öffentlichen und politischen Diskussion vorherrschenden – in der Tendenz neoklassisch fundierten oder (neo)-

⁷ Vergleiche hierzu z.B. die Darstellung der vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall ins Leben gerufenen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ von Rudolf Speth (2004).

⁸ Hierzu trägt – Thomas Kuhn lässt grüßen – freilich die Tatsache bei, dass in der neoklassisch dominierten Wirtschaftswissenschaft (der Singular entspricht dem Selbstverständnis) häufig schon die Existenz alternativer Ansätze verschwiegen wird. Dies erklärt möglicherweise oder wenigstens zum Teil die oft anzutreffende implizite oder wenig reflektierte Übernahme entsprechender, mit dem Signum ökonomischen Sachverstands versehener, Deutungsmuster jenseits der Disziplinengrenzen.

liberalen – Deutungsangebote skizziert und kritisiert werden, soll anschließend die Verwendung des Begriffs „Merkantilismus“ kurz erläutert werden. Die in diesem Kapitel präsentierten Interpretationen deuten zugleich die – zweifellos vorhandenen – erkenntnistheoretischen und methodologischen Prädispositionen des Autors an.

Um nachfolgend der formulierten These nachgehen zu können, muss zuerst ein theoretischer Erklärungsrahmen gefunden bzw. entwickelt werden, der zum einen einen negativen Zusammenhang zwischen den (angestrebten) Exportüberschüssen und der Wachstumsdynamik ökonomisch *erklärbar* macht und es zum zweiten auf dieser Grundlage erlaubt, der Exportorientierung eine *erklärende* Rolle zuzuschreiben. Hierzu wird in einem ersten Schritt in Kapitel drei das einschlägige ökonomietheoretische Theorieangebot auf sein Erklärungspotential vor allem hinsichtlich des Zusammenhangs von Exporten und Wachstum untersucht. Die gewählte Abfolge neoklassischer, (post-) keynesianischer und (neo-) kaleckianischer Ansätze ist freilich nicht unabhängig von den erwähnten Prädispositionen, soll aber weniger dem üblichen Ausschlussverfahren dienen, sondern vielmehr die theoretischen Erfassungsmöglichkeiten des genannten Zusammenhangs in Bezug auf die verfolgte Fragestellung erweitern und vertiefen.⁹

Auf der Suche nach möglichen Ansätzen erweisen sich, im Anschluss an den polnischen Ökonom Michal Kalecki, die *neo-kaleckianischen* als die geeignetsten, insbesondere da deren implizite Verteilungstheorie die Bestimmung eines binnenökonomisch vermittelten Zusammenhangs zwischen Exporten und Wachstum erlaubt, darüber hinaus aber ebenso aufgrund deren bereits gezeigter Erweiterungs- und Anschlussmöglichkeiten beispielsweise durch *postkeynesianische* oder polit-ökonomische Beiträge. Letztgenannter Aspekt ist bedeutsam, da mittlerweile eine Reihe neo-kaleckianischer Modelle und ökonometrischer Untersuchungen bezüglich lohn- oder profitgetriebener Wachstumsregime vorliegt, deren Erkenntnisse hier genutzt werden können.

Allerdings lässt sich mit diesen Ansätzen nur der erste Schritt des beschriebenen Zusammenhangs erklären. Für die notwendige Erweite-

⁹ Aufgrund des identifizierten Mangels hinreichender Erklärungen war die Theoriewahl tatsächlich zu Beginn der Untersuchung nicht bereits entschieden, weshalb die entsprechende Diskussion keineswegs eine *pro-forma*-Auseinandersetzung widerspiegelt.

rung des Erklärungsmodells (Kapitel 4) hinsichtlich der historisch-institutionellen Verankerung, Konfiguration und Reproduktion der Exportorientierung bieten sich die *Regulationstheorie* und Beiträge zur vergleichenden Kapitalismusforschung, z.B. die *Varieties of Capitalism* von David Soskice und Peter Hall, an. Zum einen eröffnen diese Ansätze Anschlussstellen, insbesondere zwischen Verteilungstheorie und der Regulation des Lohnverhältnisses, und zum zweiten lassen sich auf diesem Wege zugleich Erklärungen für den Umbruch in den siebziger Jahren (Krise des Fordismus), ebenso wie für die merkantilistisch geprägten Kontinuitätslinien des Modell Deutschland generieren.

Durch die quasi komplementäre Betrachtung der konzeptionellen Folien des Fordismus und seiner Krise einerseits und des *Modell Deutschland* (bzw. des *Rheinischen Kapitalismus*) andererseits kann nicht nur auf den Fundus der entsprechenden Forschungsprogramme zurückgegriffen werden. Die Konfrontation zwischen Krisenprozessen bzw. Brüchen und Kontinuitäten soll zugleich den Blick für die jeweiligen Erklärungspotentiale und -defizite schärfen. Die jeweils gewonnenen Erklärungsmöglichkeiten und Untersuchungsdimensionen werden in zwei Zwischenfaziten am Ende der Kapitel drei und vier zusammengefasst. Die hierbei entwickelten Operationalisierungsansätze sind jedoch nicht als ein determinierendes Untersuchungsraaster zu verstehen, da dies aufgrund der bislang noch wenig entwickelten Anschlussstellen zwischen ökonomietheoretischen Modellen, ökonometrischen Untersuchungen und (stärker holistisch vorgehenden) historisch-institutionellen Analysen m.E. den Raum für mögliche Erklärungsvariablen frühzeitig und ohne hinreichende Begründung einengen würde.

Der anschließende empirische Teil gliedert sich – gemäß dem in der Fragestellung als zentral und erklärungsbedürftig bestimmten historischen Entwicklungsbruch in den 1970er Jahren und in Anlehnung an die regulationstheoretische Periodisierung – nach den beiden zu erklärenden Konstellationen: die Konstellation des *fordistischen Merkantilismus* (Kapitel 5) und die des *kompetitiven Merkantilismus* (Kapitel 6). Die gewählten Bezeichnungen sollen dabei sowohl auf die exportbezogene Kontinuität (Merkantilismus) als auch den spezifischen Wandel (begrifflich wiederum in Anlehnung an die Regulationstheorie) der Regulationsweise hinweisen.

Die empirische Entwicklung dieser beiden Konstellationen führt dabei von einer zunächst noch stärker historisch-deskriptiven Darstellung hin

zu einer interpretativen Auseinandersetzung auf Grundlage der verwendeten theoretischen Ansätze. Der fordistische Merkantilismus dient dann zugleich als Referenzfolie, um insbesondere vorherrschende Kontinuitäten (lohngetriebenes Wachstumsregime) nicht mehrfach darstellen zu müssen.

Eingebettet in die Konstellation des kompetitiven Merkantilismus erfolgt zudem eine damit verknüpfte (alternative) Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklungsschwäche bzw. des stagnierenden Angleichungsprozesses Ostdeutschlands ab Mitte der 90er Jahre, dem die Mehrzahl der vorliegenden Ansätze recht ratlos gegenübersteht und die deshalb hier bereits kurz angedeutet werden soll. Nach der Wiedervereinigung und der weitgehenden Übertragung des westdeutschen Institutionengefüges gerieten die neuen Bundesländer in eine ökonomische Lage, die sich als doppeltes Dilemma fassen lässt: Zum einen wurde ihnen ein Institutionenmodell ‚übergestülpt‘, welches erwiesenermaßen hochgradig exportdienlich ist, zugleich aber binnenwirtschaftlich mehr und mehr zur Stagnation neigt(e). Die komparativen Vorteile dieses Institutionenmodells und die darauf ausgerichteten gesamtdeutschen Politiken standen somit jedoch in eklatantem Widerspruch zur ökonomischen Situation der neuen Länder, die durch Deindustrialisierung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichnet war. In der Folge wurde – nahezu zwangsläufig – Ostdeutschland zum Importeur westdeutscher Waren (die Transferzahlungen sind das notwendige Gegenstück hierzu) und somit zur Konjunkturlilfe für den Westen – anstatt umgekehrt. Zum zweiten war/ist – ebenso erwiesenermaßen – das westdeutsche Modell wenig defizitfreudig. Wo sollten ostdeutsche Betriebe also die notwendigen Absatz- und Wachstumsmärkte finden, nachdem die Wachstumspotentiale lokaler Märkte (verbunden mit entsprechenden, erneut kontraproduktiven, Spezialisierungstendenzen) ausgeschöpft waren? Die vermeintlich naheliegende Antwort, im Export, verschärft bei ihrer Verallgemeinerung jedoch wiederum die gesamtdeutsche Handels- und Entwicklungsasymmetrie. Entsprechend dieser widersprüchlichen Einbindung lässt sich die Konstellation Ostdeutschlands als *merkantilistische Abhängigkeit* charakterisieren.

Gemäß der oben formulierten These bestehen die zentrale Herausforderung und der wesentliche Beitrag dieser Arbeit darin, einen theoretisch fundierten und hinreichenden Erklärungsansatz vor allem für die Konstellation des kompetitiven Merkantilismus zu entwerfen. Im

Verlauf der Untersuchung zeigt(e) sich jedoch, dass dies nur auf der Grundlage einer sorgfältigen Ausarbeitung des fordistischen Merkantilismus möglich und nachvollziehbar wird (weshalb daraus dann auch eine kleine, alternative Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik entstanden ist). Die sich aus der Gegenüberstellung ergebenden Kontinuitäten und Brüche sind nicht nur historisch bedeutsam, sondern erweisen sich zugleich als die entscheidenden Anschlusspunkte für die Verknüpfung bzw. Vermittlung der herangezogenen ökonomietheoretischen und institutionellen Ansätze. Inwieweit sich dieser ‚explorative Eklektizismus‘ letztlich als weiterführend erwiesen hat, soll schließlich im Schlussteil diskutiert werden. Neben einer kurzen Zusammenfassung der verschiedenen Konstellationen, sollen dort Schlussfolgerungen bezüglich der verwendeten Theorien und des gewählten Untersuchungsdesigns dargestellt werden.

Angesichts voranschreitender Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse und der noch immer andauernden EU-Krise kommt eine Arbeit zu diesem Thema außerdem schwerlich umhin, einige weiterreichende Überlegungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung Deutschlands bzw. des deutschen Modells im Kontext der Europäischen Union anzustellen. Die eingangs angesprochene Krisenstrategie der Bundesregierung signalisiert nicht nur eine hohe Lernresistenz in Bezug auf die Erfahrungen mit bzw. nach der deutschen Wiedervereinigung, ein Festhalten daran wäre auch mit Blick auf die Zukunft Europas und insbesondere der Europäischen Währungsunion besorgniserregend. Und sofern noch Bedarf an Anschauungsmaterial zum Begriff der ‚kontrafaktischen Stabilisierung‘ bestehen sollte, dann wird man hier fündig!